



Armut.findet.Stadt.

1. WIENER ARMUTSKONFERENZ

Eine Konferenz des Wiener Armuts-Netzwerks

13. und 14. Juni 2013, Wien

Verfasserin: Anna Pultar

DOKUMENTATION

ARMUT . FINDET . STADT

DAS WAR DIE ERSTE WIENER ARMUTSKONFERENZ

Vieles in Wien ist österreichweit spezifisch: die einzige Millionenstadt, eine besondere Sozialgeschichte, und die Stadt als Ziel für Viele, die sich in dieser Stadt eine bessere Zukunft erhoffen. Doch Armut.findet.Stadt, auch in Wien. Und sie hat viele Gesichter.

Daher stand die erste Wiener Armutskonferenz unter dem Motto, gemeinsam eine Wiener Armuts-Landkarte zu erarbeiten, die Armutsfelder unserer Stadt zu beleuchten und sichtbar machen, und Veränderungsvorschläge zu sammeln. Ein großes Anliegen war dabei, Betroffene und Beteiligte einzubeziehen und auf ihr

Wissen zurückzugreifen: jene Menschen, die von Armut betroffen sind, jene, die ihre Arbeit in den Dienst der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung stellen, und jene, die sich in diesem Feld engagieren wollen.

Dieses Anliegen stieß auf großes Interesse, mehr als 160 TeilnehmerIn-

nen besuchten am 13. und 14. Juni 2013 die 1. Wiener Armutskonferenz. Organisiert vom Wiener Armuts-Netzwerk mit Unterstützung durch das WUK und das Spendenparlament bot die Konferenz die Möglichkeit, in mehreren Workshops Erfahrungen auszutauschen und Lösungsansätze zu erarbeiten. Das bunte Programm





der Konferenz umfasste einen Eröffnungsvortrag mit Podiumsdiskussion, sechs Workshops, ein Weltcafé, zwei Filmvorführungen und eine gemeinsame Fotoaktion im WUK.

Den Auftakt des ersten Tages machte Alban Knecht von der Uni Linz. Unter dem Titel „Armut definieren – Armut

wahrnehmen – Armut verstehen“ stellte er verschiedene Zugänge vor, wie Armut verstanden und definiert werden kann und diskutierte, welche Handlungsansätze diese Perspektiven für die Sozialarbeit bieten. In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Regina Amer vom Wiener Armuts-Netzwerk, Ute Fragner vom WUK, Martin Schenk von der Österreichischen Armutskonferenz und Alban Knecht mit dem Publikum vor allem darüber, was konkret getan werden kann, um Armut in Wien zu verändern. Dabei wurde auch die Frage diskutiert, was das Wiener Armuts-Netzwerk beitragen kann, politischen

Forderungen zur Armutsbekämpfung Gehör und Nachdruck zu verleihen.

Anschließend wurden in insgesamt sechs Workshops die Herausforderungen von Armut in unterschiedlichen gesellschaftlichen und individuellen Zusammenhängen – Gesundheit, Migration, Frauen, Wohnen, Partizipation, und Verwaltung – diskutiert. Daran anschließend bot das Weltcafé den TeilnehmerInnen am zweiten Tag die Möglichkeit, die Ergebnisse der Workshops des Vortags in unterschiedlicher Zusammensetzung zu reflektieren und gezielt strategische Handlungsan-

sätze und Forderungen zu erarbeiten. Künstlerischer Input kam von den Jugendlichen von spacelab und von Regisseur und Journalist Ed Moschitz, deren filmische Auseinandersetzungen mit dem Thema Armut im Rahmen der Konferenz gezeigt wurden. Schließlich wurde „ARMUT“ mit tatkräftiger Unterstützung der KonferenzteilnehmerInnen in einer Fotoaktion im Hof des Wiener WUKs in „MUT“ verwandelt!

Ein gutes Leben für alle...

Im Rahmen der Workshops und Weltcafés sollten die TeilnehmerInnen der Konferenz die wichtigsten Forderungen in dem jeweiligen Themenfeld herausarbeiten und

gemeinsam konkrete Handlungsansätze entwickeln. Diese Handlungsansätze sollen dem Wiener Armuts-Netzwerk als Richtschnur dienen.

Besonders stark ausgeprägt war der Wunsch der KonferenzteilnehmerInnen, das Wiener Armuts-Netzwerk solle stärker öffentlich und politisch sichtbar werden und sukzessive eine Gegenstimme/Gegenmacht aufbauen um Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen und politische Lösungen dafür herbei zu führen. Auch die Akquisition von weiteren Mitgliedern und NGOs bis hin zu Migrantischen Communities wurde als wichtiges strategisches Ziel der nächsten Funktionsperiode des Vorstands festgelegt.

Auch die Initiierung von Runden Tischen wurde diskutiert, bei denen der direkte Austausch zwischen Politik – Verwaltung – NGOs – Betroffenen befördert wird und die gemeinsame Entwicklung von Verbesserungen im Vordergrund steht.

Die Sozialcharta der EU und hier im Besonderen die Artikel 30 und 31 sollen zukünftig als Referenzpunkte dienen, und als Grundlage um die Versäumnisse in der Umsetzung zu dokumentieren und zu kommunizieren. Außerdem wurde in zumindest zwei von sechs Workshops (Wohnen und Verwaltung) konkret die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle bzw. einer Anwaltschaft gefordert,

die einerseits Armutsbetroffenen bei der Rechtsdurchsetzung behilflich ist, und andererseits die Hürden, Schwierigkeiten und Rechtswidrigkeiten dokumentiert mit denen Betroffene konfrontiert werden. Generell wurde die Bedarfsorientierte Mindestsicherung und die vielen bestehenden Verbesserungsnotwendigkeiten in den meisten Workshops diskutiert und bleiben auch weiterhin prioritäres Thema im Wiener Armuts-Netzwerk.

Handlungsansätze, die zu einer besseren Vernetzung der im Themenfeld tätigen Personen und Institutionen führen und die Verbreitung von relevanten Informationen und Know

How befördern, wurden in allen Workshops gesammelt. Die Ideen reichen von der Einrichtung von Informationsplattformen, über Schulungsangebote bis hin zu Peerberatungsangeboten.

Das Wiener Armuts-Netzwerk wird diese Ergebnisse als Basis der zukünftigen Arbeit heranziehen. Die vorliegende Dokumentation hat das Ziel, die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der ersten Wiener Armutskonferenz festzuhalten und eine Diskussionsbasis für die Ergebniskonferenz am 1. Oktober 2013 und für die weitere Arbeit zu liefern. Dabei soll unter Beteiligung aller TeilnehmerInnen und Interessierter über das weitere strategische und inhaltliche Vorgehen beraten werden.

**„Armut findet zu-
meist versteckt
statt. Es ist da-
her sehr wichtig,
sie vor den Vor-
hang zu bringen“
(Teilnehmerin)**

DAS WIENER ARMUTS-NETZWERK (WAN)

Wer wir sind...

Das Wiener Armuts-Netzwerk ist ein überparteiliches, nicht-konfessionelles regionales Netzwerk, das von sozial engagierten Personen, Armutsbetroffenen und Sozialeinrichtungen (NGOs) getragen wird. Im ersten Halbjahr 2011 fanden monatliche Vernetzungstreffen und Veranstaltungen vor breitem Publikum statt, in denen die zukünftige Form des Netzwerks und die Themen beratschlagt wurden. Als Ergänzung zur bundesweit tätigen Vertretung der Interessen von Armutsbetroffenen und Sozialeinrichtungen – der Österreichische Armutskonferenz – soll das



Wiener Armuts-Netzwerk die Möglichkeit für regionale Aktivitäten und Vernetzung bieten. Nach intensiver Aufbauarbeit wurde der Verein „Wiener Armuts-Netzwerk“ am 29. Februar 2012 von 40 anwesenden Mitgliedern und Mitgliedsorganisationen offiziell gegründet. Eine wesentliche Rolle bei der Gründung spielte das Werkstätten

und Kulturhaus WUK. Das Wiener Armuts-Netzwerk hat derzeit fünf ehrenamtliche Vorstandsmitglieder, zehn Mitgliedsorganisationen und ca. 80 Einzelmitglieder. Es ist Mitglied der Österreichischen Armutskonferenz und damit auch Teil von des European Anti-Poverty Network (EAPN).



Unsere Ziele...

Wir engagieren uns dafür, Armut in Wien und deren Ursachen sichtbar und damit veränderbar zu machen. Grundlage und Leitfaden unseres Engagements sind die Allgemeine Menschenrechtserklärung, der Internationale Pakt über die wirtschaftlichen,

sozialen und kulturellen Rechte sowie die Europäische Sozialcharta. Wir möchten, dass alle Menschen in Wien ein gutes, selbstbestimmtes Leben in Würde haben können! Armutsbetroffene sollen nicht für ihre Lage schlecht gemacht werden, vielmehr sollen die strukturellen Ursachen von Armut verstanden und Ansatzpunkte für ihre Veränderung erarbeitet werden.

Die Stadt Wien hat eine lange Tradition der Auseinandersetzung mit sozialen Problemlagen und dem Anliegen den Lebensstandards aller BewohnerInnen zu verbessern – daran schließen wir an. Unser Ziel ist es, neue Wege aufzuzeigen und einen Beitrag zu leisten, damit Wien eine lebenswerte

Stadt für alle wird. Zu den Grundsätzen des Vereins gehört „Nichts über Betroffene ohne Betroffene“, weshalb wir die aktive Teilhabe von Armutsbetroffenen und der Betroffenen-Selbstorganisationen als besonders wichtig erachten.

Was wir tun...

Wir möchten die öffentliche Diskussion über Armut fördern und bereichern, Betroffenen eine Stimme geben und ihre Selbstorganisation fördern. Neben der Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung durch Vorträge, Workshops und andere Projekte streben wir auch an, politische Entscheidungen im Sinne der Armuts-

bekämpfung zu beeinflussen. Dazu gehört es, armutsverursachenden Strukturen in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Gesetzgebung und Verwaltung in Wien unter Berücksichtigung nationaler, europäischer und globaler Zusammenhänge sichtbar zu machen und (sozial-)politische und ökonomische Maßnahmen zur Beseitigung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung einzufordern. Das Eintreten für umfassende Verteilungsgerechtigkeit verstehen wir daher als zentrales Element unserer Tätigkeit.

Was bisher geschah...

In den ersten beiden Jahren standen unsere Aktivitäten – neben der allgemeinen Vernetzungsarbeit – jeweils unter einem bestimmten Motto.

2011: Themenschwerpunkt Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS)
Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung, die die bisherige Sozialhilfe ersetzt, wurde im September 2011 ein Jahr alt. Das nahmen wir zum Anlass um Bilanz über die Veränderungen in der Verwaltung und für die Betroffenen zu ziehen. Wir veranstalteten einen Aktionstag vor Sozialzentren und einer Regionalstelle des AMS, wo wir Infomaterial zur Mindestsicherung – dem sogenannten „Beipackzettel zur BMS“ – verteilt wurde. Vor der Zentrale der MA 40, Wien Sozial, stellten wir anschließend eine Mauer nach, um die Barrieren für die Betroffenen beim Zugang zur BMS zu versinnbildlichen. Unsere Forderungen zur Mindestsicherung sind unter anderem weniger Bürokratie und ein einfacherer Zugang

zu den Leistungen, die Errichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, die Abdeckung der tatsächlichen Wohnkosten sowie eine 14-malige Auszahlung der Mindestsicherung pro Jahr.

2012: Themenschwerpunkt Wohnen
Im Jahr darauf widmeten wir uns dem Thema Wohnen und BMS. Dazu bauten wir am Parkring eine kleine Zeltstadt auf. Zuvor präsentierte Martina Kargl von der Österreichischen Armutskonferenz die Ergebnisse ihrer Vergleichsstudie zwischen alter Sozialhilfe und neuer BMS. Unsere Forderungen zum Thema Wohnen sind unter anderem mehr leistbarer Wohnraum durch mehr Transparenz bei Mietzinshöhe und Zuschlägen, die Öffnung des geförderten Wohnbaus (= Genossenschaften) für von Woh-

Kontakt, Mitgliedsformular und aktuelle Informationen...

Wiener Armuts-Netzwerk

Währinger Straße 59

info@wienerarmutsnetzwerk.at

cebook: <https://www.facebook.com/WienerArmutsnetzwerk>

Helga Hiebl und Bernhard Litschauer - Hofer

1090 Wien, Austria

www.wienerarmutsnetzwerk.at

fa-

nungslosigkeit gefährdete/betroffene Menschen, eine Vereinheitlichung aller Wohn-Beihilfen zu „Wohngeld“ außerhalb der BMS, eine flächendeckende Delogierungsprävention, mehr Transparenz bei sozialen Wohnungsvergaben, Zugang für alle BürgerInnen der Stadt sowie die Errichtung einer unabhängigen Ombudsstelle.

2013: Die 1. Wiener Armutskonferenz
Nach zwei Jahren intensiver Aufbauarbeit war es heuer an der Zeit, in einem größeren Umfeld zu diskutieren, wie wir unsere Arbeit auf breitere Beine stellen können. Wir wollten vor allem auch Betroffene einladen,

sich einzubringen und einzumischen. Teilnahmevoraussetzung war daher lediglich eine Anmeldung über die Homepage. Die Inhalte und Ergebnisse der Konferenz können auf den folgenden Seiten nachgelesen werden.

Wie es weiter geht...

Auf der Ergebniskonferenz am 1. Oktober 2013 werden wir die besprochenen Themen vertiefen und vor allem strategische und taktische Fragen der zukünftigen Arbeit diskutieren. Das Wiener Armuts-Netzwerk soll in Zukunft eine Plattform bieten, damit wir gemeinsam mit einer

Stimme sprechen können, um – inspiriert von der Österreichischen Armutskonferenz – unseren politischen Forderungen mehr Kraft zu geben.

Mitmachen...

Ziel des Wiener Armuts-Netzwerks ist eine breite Basis, damit sich möglichst viele Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen einbringen können. Jede und jeder mit Interesse am Thema – ob Einzelperson oder NGO – kann daher Mitglied werden oder bei unseren Aktionen mitmachen.

Inhalt

Das war die erste Wiener Armutskonferenz	2
Das Wiener Armuts-Netzwerk (WAN)	6
Die erste Wiener Armutskonferenz – Programm	11
Alban Knecht „Armut definieren – Armut wahrnehmen – Armut verstehen“	12
Podiumsdiskussion	18
Workshops und Weltcafé	22
WS 1: Armut macht krank – Krankheit macht arm	22
WS 2: Wien ist happy, dass Du kommst. Wirklich?	26
WS 3: Frauenarmut? Frauen und Armut	30
WS 4: Die nockerten 4 Wänd	34
WS 5: Einmischen, mitmischen – mission impossible?	38
WS 6: Armut + Verwaltung = Armutsverwaltung?	42
Kulturelles Rahmenprogramm	46
Nachwort und Vorschau	48



DIE ERSTE WIENER ARMUTSKONFERENZ – PROGRAMM



13. Juni 2013

Moderation: Tristan Jorde

09.00 Registration & Kaffee

10.00 Begrüßung und WAN-

Vorstellung durch Bernhard

Litschauer-Hofer (WAN)

10.30 Input-Referat: Dr. Al-

ban Knecht, Sozialarbeiter und

Soziologe an der Uni Linz

11.15 Podiumsdiskussion mit Regina

Amer (WAN), Ute Fragner (WUK), Alban

Knecht (uni Linz) und Martin Schenk

(Österreichische Armutskonferenz)

12.00 Mittagspause mit Buffet

13.15 Filmvorführung der

spacelab Mediengruppe

13.30 Workshops

15.30 Plenum

16.00 Fotoaktion „ARMUT wird MUT“

18.00 Filmvorführung MAMA
ILLEGAL mit anschließender Dis-
kussion mit Produzent und Re-
gisseur Ed Moschitz im WUK

14. Juni 2013

09.00 Ankommen und Kaffee

09.30 Weltcafé (2 Runden)

Sechs Themen-Tische entlang der
Workshop-Themen des Vortrages:

- Gesundheit
- Migration
- Frauen
- Wohnen
- Partizipation
- Verwaltung

12.30 Plenum – Ab-
schluss – Verabschiedung

**ALBAN KNECHT:
„ARMUT DEFINIEREN –
ARMUT WAHRNEHMEN –
ARMUT VERSTEHEN“**

Alban Knecht, Sozialarbeiter und Soziologe an der Universität Linz, stellte in seinem Eröffnungsinput verschiedene Definitionen von Armut vor und diskutierte, welche Handlungsansätze sich daraus für die Politik und die Sozialarbeit ergeben. Eine häufig verwendete Definition von Armut ist die des Mangels an materiellen Mitteln. Diese Sichtweise spiegelt sich etwa im Indikator der Armuts- bzw. Ausgrenzungsgefährdung der Sozialberichterstattung der EU. Dieser Indikator beinhaltet jene Haushalte, deren Einkommen weniger als 60% des nationalen Medianeinkommens¹ beträgt.

Die Armutsgrenze betrug in Österreich für Einzelpersonen zuletzt 1.065 EUR – ca. 1 Mio. Menschen oder 12,6% der österreichischen Bevölkerung erzielen ein Monatseinkommen unter diesem Wert und sind demnach armutsgefährdet².

Bei der materiellen Deprivation, einem zweiten EU-weit verwendeten Armutsindikator, werden nicht nur das Einkommen, sondern auch die Ausgaben und der Bedarf eines Haushaltes berücksichtigt. Es wird danach gefragt, ob sich Haushalte verschiedene Dinge und Aktivitäten leisten können, die in einer Gesellschaft





allgemein als notwendig gelten, also etwa ob sie z.B. unerwartete Ausgaben finanzieren oder die Wohnung angemessen warm halten können. In Österreich können sich rund 325.000 Personen oder 3,9% der Bevölkerung vier von neun derartigen Ausgaben nicht leisten und gelten daher als erheblich materiell depriviert.

Als dritten Indikator zur Messung materieller Armut kann schließlich auch die Zahl der BezieherInnen von Sozialhilfeleistungen herangezogen werden. Zuletzt bezogen 193.276 Personen oder 2,3% der österreichischen Gesamtbevölkerung die bedarfsorientierte Mindestsicherung (deren Höhe bei monatlichen Zahlungen 2011 zu je 752,94 EUR für Alleinstehende lag)³. Problematisch bei diesem Indikator ist jedoch, dass viele anspruchsberechtigte Personen aus diversen Gründen nicht um die Mindestsicherung ansuchen und daher nicht aufscheinen⁴. Auch Personen, die ein ähnlich niedriges Einkommen haben, aber keine Mindest-

sicherung erhalten – etwa weil sie eine „Mindestpension“ oder Arbeitslosengeld beziehen oder nicht alle Anspruchsvoraussetzungen erfüllen – scheinen nicht in der Statistik auf. Diese materiellen Armutsindikatoren, die unter Armut in erster Linie ein Mangel an Geld verstehen, gehören zu den am häufigsten verwendeten Methoden zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Die Datenlage ist für sie daher am umfangreichsten. Alban Knecht kritisierte jedoch, dass die Festlegung der jeweiligen Armutsgrenze relativ beliebig sei und die enge Sicht auf finan-

zielle Mittel den komplexen Lebenssituationen der Menschen nicht gerecht werde. Daher stellte er weitere Definitionen vor, die stärker am alltäglichen Leben der Menschen orientiert sind. Eine dieser Sichtweisen versteht Armut nicht – oder nicht alleine – als materiellen Mangel, sondern darin, dass den Menschen die Möglichkeiten fehlen, jene Ziele zu verfolgen, die sie wertschätzen.

Armut als Mangel an Verwirklichungsmöglichkeiten, als die Unmöglichkeit, sein eigenes Leben so zu gestalten, wie man es für sinnvoll hält. Diese Idee geht auf den Capability An-

satz des Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen⁵ zurück. Es wird daher auch der Prozess in den Vordergrund gerückt, wie Menschen vorhandene Möglichkeiten tatsächlich nutzen können, um ihre persönlichen Ziele zu erreichen. Beispielsweise stellt sich die Frage, wie man Menschen mit Behinderung trotz ihrer Einschränkungen weitgehend gleiche Verwirklichungsmöglichkeiten bieten kann wie sie Menschen ohne Behinderung haben.

Dabei wird deutlich, dass die Verwirklichungschancen des/r Einzelnen nicht nur von individuellen Faktoren und Kompetenzen abhängen, sondern stark

von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt sind. Politische Freiheiten ebenso wie soziale Institutionen des Bildung- und Gesundheitssystems und das bestehende Netz sozialer Sicherheit bilden die spezifische „Chancenstruktur“, die eine Gesellschaft ihren Mitgliedern bietet. Obwohl sich Armut als Mangel an Verwirklichungschancen nicht leicht in Zahlen gießen lässt, spiegelt diese Sichtweise die Lebensrealität der Betroffenen viel klarer wieder und erschließt konkrete Interventionsmöglichkeiten für die Sozialpolitik.

So können etwa im Rahmen der Bildungs- und Sozialarbeit sowie der Sozialpädagogik Handlungsspielräume von Menschen im täglichen Leben erweitert werden. Gleichzeitig wird die wichtige Rolle des Empowerments in der Armutsbekämpfung deutlich: nicht stellvertretend für die Menschen tätig werden, sondern sie dazu befähigen, durch erweiterte Handlungsmöglichkeiten ihr Leben selbst zu gestalten. Anschließend an diese Überlegungen stellte Knecht einen dritten Ansatz vor, der den Begriff der individuellen Fähigkeiten erweitert:

Armut als Mangel an Ressourcen in einem weiten Sinn. Um die eigenen Ziele zu erreichen und ein Leben ohne Armut führen zu können, sind neben ausreichendem Einkommen auch Ressourcen wie Bildung, soziales Kapital (Netzwerke), Gesundheit, psychische Ressourcen (Motivation, Selbstbewusstsein) und Zeit nötig. Nicht jeder Mangel an einer einzelnen Ressource ist gleichbedeutend mit Armut. Da aber die unterschiedlichen Ressourcenarten eng miteinander gekoppelt sind, führt ein Ressourcenmangel häufig zu Defiziten an mehreren Ressourcen und daher Armutserfahrungen. Derartige Wirkungsketten

zeigen sich in der Praxis beispielsweise zwischen Verschuldung, Stress, Jobproblemen, Beziehungsproblemen und psychischen oder körperlichen Beschwerden, bis hin zur Einschränkung der Arbeitsfähigkeit.

Im Vortrag veranschaulichte Knecht unterschiedliche Wirkungsketten sowie die spezifische Bedeutung einzelner Ressourcen in jeweils unterschiedlichen Stationen im Lebenslauf: während Bildung vor allem im ersten Lebensdrittel ein Indikator für die späteren Einkommenschancen ist, ist es ab der zweiten Lebenshälfte vor allem die Gesundheit,

die anzeigt, wie anstrengend und entbehrungsreich das Leben war.

Warum es sich lohnt, diese unterschiedlichen Armutsdefinitionen zu reflektieren, zeigte Knecht anschließend mit Blick auf Strategien der Armutsbekämpfung und der Sozialen Arbeit. Jede Definition von Armut wirkt sich auf die Wahl der Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus. Wird Armut lediglich als Fehlen materieller Mittel betrachtet, rückt nur eine beschränkte Anzahl an Interventionen in den Blick – vor allem Umverteilung durch Steuern und Transfers. Dabei bleibt nicht nur die strukturelle Ungleichverteilung

an Verwirklichungschancen in unserer Gesellschaft außen vor. Diese Umverteilung ist auch häufig nicht besonders effektiv: staatlichen Begünstigungen, etwa in der Eigenheimförderung oder der Steuerpolitik, liegt oft das sogenannte „Matthäus-Prinzip“ zugrunde – „wer hat, dem wird gegeben“. Statt Armut zu beseitigen werden so bestehende Strukturen zementiert.

Als weiteren Einwand gegen ein Armutsverständnis, das sich alleine an finanzieller oder materieller Ausstattung festmacht, warf Knecht ein, dass damit die komplexen Lebenszusammenhänge der Betroffenen nicht ausreichend

berücksichtigt werden. Er plädierte daher für eine breite Sicht auf Armut, die neben dem Einkommen auch psychische, soziale und gesundheitliche Ressourcen betrachtet. Ein solches Armutsverständnis erlaubt es, die vielschichtigen Probleme, die mit Armut im Alltag einhergehen, zu berücksichtigen und zu verstehen, wie Armutsspiralen entstehen und wie sie gestoppt werden können. Außerdem zeigt es das enge Verhältnis von Sozialer Arbeit und Armut auf: zum einen sind viele Probleme, mit denen sich Soziale Arbeit beschäftigt, Armutsprobleme; zum anderen haben viele Methoden und Interventionen der Sozialen Arbeit

auch eine armutsbekämpfende und -vermeidende Funktion. Zur Illustration präsentierte Knecht abschließend eine Reihe von sozialarbeiterischen und sozialpädagogischen Methoden, die sich auf den Ressourcenbegriff beziehen. Weitere Infos: www.albanknecht.de

„Ich bin hier, weil Armut ein allgegenwärtiges Thema ist, nicht nur in Wien“ (Teilnehmer)

Fußnoten

¹ Anm. d. Verfasserin: Anders als beim Durchschnitt werden beim Median nicht alle Einkommen zusammengezählt und durch die Anzahl der Personen dividiert, sondern alle Einkommen der Größe nach aufgereiht und dann jener Betrag herangezogen, der genau in der Mitte steht. Dadurch wird eine Verzerrung durch wenige aber sehr hohe EinkommensbezieherInnen verhindert.

² EU-SILC 2011, Zahlen für 2010:
http://www.statistik.at/web_de/static/tabellenband_eu-silc_2011_einkommen_armut_und_lebensbedingungen_069059.pdf

³ Zahlen für 2011: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_landesebene/bedarfsorientierte_mindestsicherung/index.html

⁴ Non-take up rate: http://www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=view&id=88&Itemid=170

⁵ Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München, Wien: Carl Hansa Verlag.

PODIUMSDISKUSSION

Am Podium: Regina Amer (Wiener Armuts-Netzwerk), Ute Fragner (WUK), Alban Knecht und Martin Schenk (Österreichische Armutskonferenz), Moderation: Tristan Jorde

In der folgenden Podiumsdiskussion wurden die Ansatzpunkte aus dem Vortrag aufgenommen und verstärkt die Frage diskutiert, wo und wie konkrete politische Forderungen und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung gesetzt werden können.

Für Regina Amer vom Wiener Armuts-Netzwerk, selbst Armutsbetroffene und Mutter von vier Kindern, ist in diesem



Zusammenhang Gesundheit, vor allem im Winter, ein wichtiges Thema. Es sei frustrierend, wenn etwa beim Heizkostenzuschuss gekürzt werde, obwohl gleichzeitig viel Geld in Parteienförderung oder sinnlose Wahlgeschenke fließe. Die Treffen des Wiener Armutsnetzwerks nutze sie, um sich mit den anderen Mitgliedern auszutauschen.

Ute Fragner, WUK-Geschäftsführerin im Bereich Bildung und Beratung, erzählte daraufhin aus ihrer Erfahrung mit arbeitsmarktpolitischen Projekten für Jugendliche. Die Jugendlichen stünden vor vielfältigen Herausforderungen und brauchen vor allem Rahmenbedingungen sich selbst zu „empowern“. Sie betonte, dass ein



fortschrittlicher Staat dafür auch Geld in die Hand nehmen müsse, da man auf diese Ressourcen nicht verzichten kann – und nicht nur um die Jugendlichen von der Straße fern zu halten.

Zum Thema Vernetzung merkte Martin Schenk von der Österreichischen Armutskonferenz an, dass diese nur dann

politisch etwas bringe, wenn man eine Gegenmacht aufbauen könne. Er kritisierte, dass der Freiheitsbegriff von den Neoliberalen gekapert wurde. Sozialer Ausgleich und die Vergrößerung der Freiheitschancen gehörten jedoch zusammen; Reichtum erhöhe den Einfluss auf die Politik und schränke dadurch die Handlungsmöglichkeiten von Schwächeren ein. Man müsse sich auch fragen, welche Verwirklichungschancen es bringe, für einen Niedriglohn zu arbeiten. Die Sozialpolitik müsse sich daher den Freiheitsbegriff zurückzuerobern, damit es Freiheit nicht nur für jene gibt, die es sich leisten können.

Aus dem Publikum wurde die Notwendigkeit strategischer und politischer Arbeit weiter bekräftigt – eine fehlende politische Vertretung stelle letztlich eine Gefährdung der Demokratie dar. Alban Knecht stellte fest, dass die Frage, wie man die Stimme für das Armutsthema erheben könne, in Wissenschaft oft ausgeblendet werde.

Ein Teilnehmer berichtete daraufhin, dass im Rahmen der Arbeitslosenkonferenz bereits erste Erfahrungen mit der Selbstorganisation Betroffener gemacht worden seien. Allerdings fühlten sich viele Arbeitslose trotz

eigener Armutserfahrungen mit dem Begriff Armut nicht angesprochen. Ute Fragner sprach sich für einen ambitionierten aber pragmatischen Zugang aus: einerseits müsse man an politisch Verantwortliche appellieren und sein Wahlrecht nutzen, andererseits müsse man auch dort anfangen, wo man konkret etwas ändern kann, etwa über Projekte und Vernetzung – wie auch selbst im eigenen Umfeld Vorbild sein und dabei Lebensfreude nicht verlieren.

Während der weiteren Diskussion wurde vor allem die Frage nach der Bedeutung von Erwerbsarbeit für die

Überwindung von Armut diskutiert. Einerseits wurde betont, dass statt vielerlei Hilfsangeboten letztlich für die Betroffenen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt am wichtigsten sei. Dem wurde mit der Frage entgegnet, warum man denn für einen Niedriglohn arbeiten solle, wenn sich Unternehmen hohe Managergehälter und Boni leisten könnten. Ein Mindestlohn könne auch als Art der Umverteilung von Unternehmensgewinnen gesehen werden. Weiters wurde kritisiert, dass der klassische Arbeitsbegriff in Österreich immer noch hochgehalten werde, obwohl wir durch technische Fortschritte mittlerweile von schwerer Arbeit in

weiten Bereichen unabhängig seien.

Lediglich 1948 wurde in der Menschenrechtserklärung der Anspruch auf ein schönes Leben als Menschenrecht festgehalten. Die Frage sei, ob nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen diesen Anspruch sicherstellen könne. Einige TeilnehmerInnen äußerten sich dazu skeptisch und forderten vielmehr eine Neudefinition von Arbeit, die unbezahlte Arbeit miteinschließt, sowie eine Reduktion der Normalarbeitszeit. Ähnlich kontrovers wurde der Nutzen von sozialökonomischen Betrieben zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt diskutiert.

„Armut sehen, aber niemand persönlich dafür verantwortlich machen, sondern helfen“ (Teilnehmer)

Ein wichtiger Diskussionspunkt war schließlich auch die Frage, inwiefern der Sozialstaat in Österreich tatsächlich zur Umverteilung beitrage. Dabei wurde dem Sozialstaat in Österreich durchaus eine umverteilende, wenn auch für die Armutsvermeidung manchmal unzureichende Wirkung zugesprochen. Abseits der klassischen Sozialleistungen gebe es allerdings auch staatliche Leistungen, wie etwa die Pendlerpauschale, von denen nicht jene mit dem geringsten Einkommen profitieren. Auch im derzeitigen Bildungssystem werde Ungleichheit einzementiert. Mehr Umverteilung, auch über andere Mechanismen, sei

daher notwendig. Martin Schenk verwies darauf, dass das österreichische Sozialsystem zwar die Verbesserung des Lebensstandards aller, aber keine explizite Umverteilung zum Ziel habe.

Diese Strategie war in guten wirtschaftlichen Zeiten bei der Armutsminderung relativ erfolgreich, es blieben aber bedeutsame Lücken. So wurde erst spät auf steigende Frauenerwerbsarbeit und Migration reagiert – vor allem aber blieben die BürgerInnen Untertanen. So gebe es beispielsweise noch immer keine Arbeitslosen-anwaltschaft. Für die Selbstorganisation von Betroffenen sei daher wichtig,

nicht nur Forderungen zu erarbeiten, sondern immer strategisch und taktisch zu überlegen, wie man politische Entscheidungen beeinflussen könne.

Insgesamt wurde das im Vortrag vermittelte breite Armutsverständnis in der Diskussion begrüßt, da es helfe, die Gesellschaft besser zu verstehen und Armut nicht nur als individuelles Defizit zu sehen, für das es individuelle Beratungsdienste brauche. „Wir müssen uns vielmehr fragen, in welcher Gesellschaft wir leben möchten und was wir dazu beitragen können“, so das Fazit einer Teilnehmerin.

WORKSHOPS UND WELTCAFÉ WS 1: ARMUT MACHT KRANK – KRANKHEIT MACHT ARM

Moderation (Workshop und Weltcafé): Susanne Pospisil (Neunerhaus)
Inputs: Livia Mutsch (Neunerhaus), Barbara Waidhofer (Dialog)

Armut und Gesundheit

JedeR verdient Gesundheit, doch Armut verringert die Chance auf ein gesundes Leben: Wer arm ist, hat ein erhöhtes Risiko zu erkranken und kürzer zu leben. Die kleine, feuchte Wohnung an einer lauten verkehrsreichen Straße, permanenter Stress in der Arbeit und kein Geld für Bio oder Zeit für Entspannung. In Wien ist

alles anders? Oder doch nicht? Und braucht Armut nicht auch mal Urlaub?

Die Inputs des Workshops stellten die medizinische Versorgung im Verein neunerhaus und Verein Dialog vor. Anschließend wurden persönliche Hindernisse und Hürden in der medizinischen Versorgung diskutiert

und Ansatzpunkte für strukturelle Verbesserungen diskutiert. Armut und Krankheit beeinflussen sich gegenseitig: Armut verursacht psychische Belastungen und schlechtere Gesundheitsversorgung. Gleichzeitig sind die Arbeitsmarktchancen bei Krankheit gering, was wiederum zu Armut führen kann. Aber Armut und





Krankheit gelten immer noch als Tabu. Wer definiert „krank“ und „gesund“? Sind die Menschen daran schuld, wenn sie arm sind oder wenn sie krank sind? Krankheit kann auch als Schutz wirken, da kranke Menschen von der Gesellschaft noch besser behandelt als arme Menschen werden. Obwohl medizinische Versorgung

allgemein als Menschenrecht anerkannt wird, gibt es auch in Österreich nicht-versicherte Menschen. Ist deren Notversorgung garantiert? Häufig ist die medizinische Versorgung in Österreich zu wenig niederschwellig. Sprachliche Barrieren, Hürden in der Bürokratie, bis hin zu Diskriminierung stellen oft problematische Hindernisse im Zugang zu Gesundheitsdiensten dar. Zwar gibt es viele unterschiedliche Stellen und Vereine, die sich mit Armut, Krankheit, Behinderung und Sucht befassen, die Zuständigkeiten sind jedoch nicht immer klar und die Vernetzung noch lose.

Politische Forderungen:

- Ein genuiner Rechtsanspruch auf medizinische Versorgung im Sinne eines Menschenrechtes, wie er von der UN-Konvention gefordert wird, muss umgesetzt werden. Dazu muss einerseits die Schuldfrage Armut – Krankheit entkoppelt werden und andererseits darf medizinische Grundversorgung nicht an Erwerbsarbeit gebunden werden.
- Die Höhe der BMS muss ein gesundes Leben ermöglichen (gesunde Ernährung, Wohnraumqualität, etc.)
- Selbstbehalte (Brillen, Zahnersatz,

Zahnregulierungen, Psychotherapie, etc.) behindern die medizinische Versorgung von Armutsbetroffenen und müssen abgeschafft werden.

- Der Abbau von Bürokratie und die Verbesserung der Serviceorientierung der Krankenkassen sind notwendig. Zumindest vom Auslaufen der Krankenversicherung müssen die Betroffenen rechtzeitig informiert werden.
- Eine generell stärkere Ausrichtung der medizinischen Versorgung an Prävention statt reiner Symptombekämpfung ist notwendig.
- Mehr niederschwellige Hilfsangebote und bessere Reha-Modelle müs-

sen ermöglicht werden. Notwendig sind auch leichter zugängliche und verständliche Informationen (auch mehrsprachig), mehr zielgruppenspezifische Angebote und eine stärkere Einbeziehung von Betroffenen.

- Der Umgang mit Betroffenen auf Augenhöhe, die Stärkung ihrer Selbstkompetenz und Eigenverantwortung sind wichtige Schlüssel zu besserer Versorgung. Diesbezügliche Schulungen für ÄrztInnen, SozialarbeiterInnen und MultiplikatorInnen sind wichtig.
- Betroffene stehen häufig vor komplexen Problemen. Bei der medizinischen Versorgung sollten auch die

Arbeits- und Lebensbedingungen und das jeweilige Umfeld miteinbezogen werden. Die Auswirkungen eines überhöhten Leistungsbegriffs und den daraus folgenden Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit müssen thematisiert werden.

Konkrete Handlungsansätze:

- Thematisieren der Wechselwirkung von Armut und Gesundheit (Stress, keine gesunde Ernährung möglich, Folgekosten bspw. auf Grund fehlender Vorsorge) und der „Zwei-Klassen Versorgung“ auf Grund hoher Selbsthalte (bspw. bei Brillen, Zahnersatz, Zahnregulierungen, etc...).

- Thematisieren der Wechselwirkungen, Problemlagen und Betroffenenperspektiven mit MedizinerInnen (z.B. bei Ärztekongressen) sowie Sensibilisierungsschulungen für MitarbeiterInnen des Gesundheitsbereichs unter Einbeziehung von Betroffenen.

- Eine stärkere Vernetzung von Einrichtungen und das Sichtbarmachen der verschiedenen Unterstützungsangebote z.B. durch Einrichtung einer „Info-Drehscheibe“.

- Das allgemeine Problembewusstsein erhöhen, dass es nicht versicherte Menschen in Wien und Österreich gibt.

- Unterstützung der Österreichischen Armutskonferenz bei der Thematisierung der Auswirkungen von Arbeitsbedingungen auf Gesundheit.

**„Weil Armut etwas Menschenunwürdiges ist gehört sie abgeschafft“
(Teilnehmer)**

WS 2: WIEN IST HAPPY, DASS DU KOMMST. WIRKLICH?

Moderation (Workshop und Weltcafé): Zoreh Ali-Pahlavani (Arbeiterkammer Wien)

Inputs: Judith Hörlsberger (Beratungszentrum für MigrantInnen), Regina Rischan (Integrationshaus), Ferdinand Koller (Bettlerlobby), Ionela und Nicolai Iacob (StraßenzeitungsverkäuferInnen)

Armut und Migration

Wien ist eine Einwanderungsstadt. Doch nützen wir diesen Reichtum an Kulturen, Geschichten und Sprachen? Oder müssen die „Neuen“



erst einmal arm bleiben? Damit die schlechtesten Jobs ums wenigste Geld gemacht werden? Damit die Ziegl-Behm von gestern den Status gegen die Kolarics von heute verteidigen können? Und haben Städte nicht auch einmal frei gemacht?

Die Inputs des Workshops präsentierten grundlegende Fakten zur Migration nach Österreich. Sie zeigten, dass Wien die Migration aus demographischen und strukturellen Gründen braucht, dass aber gleichzeitig Personen mit Migrationshintergrund verstärkt von Wohnungslosigkeit, Schulden und Armut betroffen sind.



Darunter leiden vor allem jene Drittstaatsangehörige, die nicht aus anderen EU- bzw. EWR-Staaten kommen. Während der Zugang zu Erwerbstätigkeit in den letzten Jahren etwas verbessert wurde, wurden die Kriterien für den Daueraufenthalt und den Erwerb der Staatsbürgerschaft – vor allem Einkommen und Sprach-

kenntnisse – verschärft. Das erhöht wiederum den Druck für Menschen mit befristeten Aufenthaltstiteln, unter allen Umständen und zu allen Bedingungen arbeiten zu gehen – aber auch am Arbeitsplatz und Arbeitsmarkt kommt es häufig zu Diskriminierungen. Viele MigrantInnen dürfen jedoch nicht arbeiten und seit dem Bettelverbot auch nicht betteln. Sie sind überdies von den meisten Unterstützungsleistungen ausgeschlossen. Paradoxiertweise ist nur die Prostitution legal. Gleichzeitig ist die Absicherung durch die Mindestsicherung sehr lückenhaft: selbst jene, die Anspruch darauf hätten, verzichten häufig darauf, weil es die Chancen auf

den Erhalt der Staatsbürgerschaft verringert oder weil Informationen über Rechtsansprüche und Antrags- und Bescheidrecht fehlen. Diese rechtlichen Umstände bringen vor allem Personen mit fehlenden oder befristeten Aufenthaltstiteln in eine extrem unsichere Lage. Weiters wurde thematisiert, dass in den Medien und in der Bevölkerung ein sehr negatives Bild von BettlerInnen vorherrscht. Auch die Politik und die Polizei reagieren immer restriktiver (Bettelverbot, Strafen, Schikanen) und spielen häufig unterschiedliche Gruppen von MigrantInnen gegeneinander aus („inländische“ Obdachlose

gegen ausländische, Verkäufer unterschiedlicher Straßenzeitungen). Aber „MigrantInnen“ sind eine sehr heterogene Gruppe, die Betroffenen stehen in unterschiedlichen Rechtsverhältnissen. Wer kennt sich wo aus und wer vertritt sie? Welche Möglichkeiten hat die Straßensozialarbeit? Wie kommt sie an, wie soll sie aussehen, was braucht es? Wie muss der öffentliche Raum gestaltet sein was ist problematisch (gratis WCs, Bänke etc. vs. Zunehmende Reduzierung von Orten, wo Zeitungsverkauf legal ist sowie Zunahme an Securities). In welchem Umfeld können Partizipation und Mitbestimmung der Betroffenen stattfinden?

Politische Forderungen

- Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts: wer hier geboren ist, soll auch die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.
- Recht auf Arbeit und Zugang zum Arbeitsmarkt für alle die im Land leben.
- Wahlrecht für alle WohnbürgerInnen zumindest auf kommunaler Ebene.
- Aufhebung der Gefährdung des Aufenthaltsrechtlichen Status auf Grund des Bezugs der BMS.
- Anhebung des Anteils von MigrantInnen sowie Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten von

MigrantInnen in NGOs, Behörden und relevanten Stellen (bspw. AMS).

- Ausländische Bildungsabschlüsse anerkennen und Qualifizierungsmaßnahmen für MigrantInnen ausbauen (inkl. kostenlose Deutschkurse).
- Maßnahmen zur Reduzierung des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund in Sonderschulen/ Sonderpädagogischen Zentren.
- Anonymisierte Bewerbungen und mehr Aufklärungsarbeit in Unternehmen über Diskriminierungsmechanismen. Wissen über kulturell offene Unternehmen austauschen.

Konkrete Handlungsansätze:

- Migrantische Communities und Vereine zur Mitarbeit im Wiener Armutsnetzwerk einladen.
- Die Dokumentation zur Armutskonferenz auch auf Englisch veröffentlichen.
- Eine „Infoplattform“ erstellen: Wer kann Rechtsauskünfte geben? Wer bietet Hilfestellungen bei Behördengängen? Zusammenstellung verständlicher fremdenrechtlicher Informationen, etc.
- Sichtbarmachen von Ungerechtigkeiten und Diskriminierung (bspw. überproportionaler Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund in Sonderschulen).
- Thematisieren der Rechtsunsicherheiten von MigrantInnen und ihrer Auswirkungen.
- Öffentliches Bild von Migration und MigrantInnen verändern. Fakten schaffen. Auf Potentiale hinweisen. Angst abbauen. Sinnvoll wäre auch eine Schreibwerkstätte für Leserbriefe, Blogs, etc.
- Bettelverbote öffentlich hinterfragen.
- Unterstützung der Österreichischen Armutskonferenz bei der Thematisierung der Zusammenhänge von Migration und Armut (Stichwort Armutsmigration) sowie beim Einfordern von EU-weite Strategien.

„Es muss ein bisschen offensiver in die Richtung gehen, was für eine Gesellschaft wollen wir? Und nicht nur irgendwie mit dem jetzigen System zurechtkommen“ (Teilnehmer)

WS 3: FRAUENAR- MUT? FRAUEN UND ARMUT

**Moderation (Workshop und Welt-
café): Eva van Rahden (Bildungsraum
Sophie)**

**Inputs: Sybille Pirklbauer (Ar-
beiterkammer Wien), Irma Lech-
ner (Wiener Frauenhäuser), Jella
Jost (freischaffende Künstlerin)**



Frauen und Armut

Achtung Teilzeit: Halber Lohn. Weniger Pension – das gilt besonders für Frauen. Nach wie vor tragen sie ein ungleich höheres Armutsrisiko als Männer. International wird sogar von einer Feminisierung der Armut gespro-

chen. Besonders armutsgefährdet sind Migrantinnen, Alleinerzieherinnen und ältere Frauen. Welche Ursachen und Auswirkungen hat dies? Und welche Maßnahmen wären notwendig?

In den drei Inputs wurden „Zahlen, Daten Fakten“ sowie die Themen „Armut und Gewalt“ und „prekäre

Arbeitsverhältnissen im Kunstbereich“ vorgestellt. Frauen sind unter anderem deshalb häufiger und anders Armutsrisiken ausgesetzt, da sie häufiger von Teilzeit, Niedriglöhnen, prekären Arbeitsbedingungen und unbezahlter Arbeit insbesondere durch die Kinderbetreuung betroffen sind. In der Diskussion wurde die eigene



Betroffenheit und die selbst erlebte Zerrissenheit durch ambivalente Rollenanforderungen im Spannungsfeld Rabenmutter – Powerfrau deutlich. Mehrfachbelastungen in Beruf und Privatleben führen häufig zu Erschöpfungszuständen und schlechter Gesundheit. Gleichzeitig zeigten die Diskussionen, dass die

Probleme nicht auf individueller Ebene lösbar sind, sondern dass es strukturelle Veränderungen der Rahmenbedingungen in der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt braucht.

Politische Forderungen

- Verstärkung der Maßnahmen zur Gleichstellung: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Neu-Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, Neubewertung von Arbeit (welche Arbeit ist wie viel wert?), Einführung einer Frauenquote in Führungspositionen sowie Maßnahmen zur Ausweitung von Väternkarenz.

- Maßnahmen zu besserer Absicherung von Frauen in der Pension.
- Eigenständige Aufenthaltstitel für Frauen ohne österreichische Staatsbürgerschaft.
- Flexiblere und ausreichende Kinderbetreuung
- Änderung der Vorgangsweise bei der Vergabe von Bankkrediten/ Bürgschaften und verpflichtende Information über Auswirkungen.
- Änderungen bei der Anrechnung des PartnerInneneinkommens auf die Notstandshilfe.

- Zumutbarkeitsregelungen bei Bezug von Arbeitslosengeld ändern und stärkere Berücksichtigung der individuellen Lebenssituation.
- Interessen von Frauen z.B. in AK und Gewerkschaften stärker reinbringen
- Unterstützungsangebote für Frauen besser sichtbar machen, helfen die Scham zu überwinden.
- Niederschwelliger Zugang zum Gesundheitssystem.
- Mehr Gratisangebote wie z.B. Kulturpass

Konkrete Handlungsansätze:

- Im Rahmen des Wiener Armuts-Netzwerks soll es eine eigene Frauengruppe geben, um Infos auszutauschen und Gegendruck aufzubauen.
- Unterstützung der Österreichischen Armutskonferenz bei der Forderung nach Veröffentlichung der Einkommensberichte, sowie bei
- Thematisierung der unrealistischen Anforderungen an Frauen in Beruf und Privatleben, der Überforderung von Frauen durch alleinige Zuständigkeit für die Kindererziehung. Beteiligung von Vätern muss zur Selbstverständlichkeit werden.

- Verbreitung der „Vier in Einem Perspektive“: Ergänzung der Dimensionen Erwerbsarbeit und Carearbeit um die Dimensionen Politische Teilhabe und Selbstentfaltung. Die Vereinbarung aller vier Aspekte muss möglich sein.

„Was mir an der Konferenz gut gefallen hat ist das Engagement der vielen Menschen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft, die hier her kommen. Der Erfahrungsaustausch ist mir sehr wichtig, da merkt man, dass man nicht isoliert arbeitet und sich austauschen kann“ (Teilnehmerin)

WS 4: DIE NOCKERTEN 4 WÄND

Moderation (Workshop und Weltcafé): Maria Sommeregger (WBDS)
Inputs: Lorenz Lederer (Wohndreh-scheibe), Katharina Kirsch-Soriano da Silva (Caritas Grätzleltern), Renate U. Kitzman (Fawos)



Leistbarer Lebensraum und Armut

Mieten, Energiekosten und Lebensmit-
telpreise steigen, nur die Löhne nicht.
Viele armutsbetroffene Menschen
haben einen Job und können ihre
Miete trotzdem kaum bezahlen. Damit
das Leben leistbar bleibt, braucht es
manchmal dringend finanzielle Unter-

stützung – doch von wem? Kann eine
Stadt gesamtwirtschaftliche Entwick-
lungen auffangen? Zumindest für die
Ärmsten? Und: Wie leicht ist der Zu-
gang zu Unterstützungsmaßnahmen?

Im Impulsreferat wurde gezeigt,
wie schwierig die Lage für viele ist,
eine leistbare Wohnung zu finden.

Anschließend wurde das Projekt
Grätzleltern vorgestellt, eine Initia-
tive aus der Zivilgesellschaft, die in
Hausbesuchen Wissen zu Themen
rund ums Wohnen vermittelt. Im
dritten Referat wurde die Arbeit der
Fachstelle für Wohnungssicherung
(FAWOS) vorgestellt, einer Einrichtung
der Volkshilfe Wien, die im Auftrag



der Stadt Wien, für Menschen, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht sind, eine Anlaufstelle bietet. In den Diskussionen wurden vielfältige Problemlagen im Bereich Wohnen identifiziert: Insgesamt gibt es in Wien zu wenig leistbaren Wohnraum. Kleine Wohnungen (oder Einzelräume) bis max. 320,- sind so gut wie nicht

vorhanden. Auch die Energiepreise liegen in Österreich über dem EU-Schnitt. Dies führt für armutsbetroffene Menschen zu der Entscheidung „eat or heat“. Im Falle einer Scheidung oder Trennung verschärft sich das Risiko die Wohnung zu verlieren. Gleichzeitig werden Personen aufgrund ihres niedrigen Einkommens bei der Vermietung diskriminiert. Befristete Mietverträge nehmen zu und die Konditionen der Eigenmittelbeteiligung bei gefördertem Wohnbau sind für viele Menschen nicht erschwinglich. Problematisch ist auch, dass Organisationen, die wichtige Arbeit in der Betreuung, Begleitung, Information

und Prävention von Wohnungslosigkeit leisten, unter ständiger Ressourcenknappheit stehen. Eine Ombudstelle wäre daher wünschenswert – aber die Frage wer diese finanzieren soll (und dadurch Einfluss hat) und welche Rolle die Sozialarbeit in diesem Prozess spielen soll muss noch weiter diskutiert werden.

Politische Forderungen

- Mit der tatsächlichen Umsetzung des Art. 30 (Recht auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung) und Art. 31 (Recht auf Wohnung) der bereits ratifizierten Europä-

ischen Sozialcharta wären alle weiteren Forderungen erfüllt.

- Ausweitung des leistbaren Wohnraums. Die Ausgaben für Wohnen und Energie sollen maximal ein Drittel des Einkommens betragen. Daher bedarf es mehr Gemeindebauten bzw. Sozialen Wohnbau. Umwandlung länger leerstehender Büroräume in Wohnraum. Fristen setzen, nach denen Leerstand vermietet werden muss. Einen Anteil von 20% der „Genossenschaftswohnungen“ sollen ohne Eigenmittelanteil zur Verfügung gestellt werden um auch die soziale Integration und Mobilität zu fördern.

- Progressive Grundsteuer
- Spekulation mit Wohnraum einschränken.
- Vereinheitlichung des Mietrechts: erlaubte Zuschläge und Abschläge taxativ in Gesetz auflisten und deckeln, sowie Begrenzung von Befristungen bei Mietverträgen. Einführung von Mietzinsobergrenzen.
- Möglichkeit zur nachträglichen Überprüfung der Mieten ausweiten (bspw. über eine unabhängige Ombudsstelle) bzw. bei der Anmeldung von Mietverträgen die Mieten von Amtswegen überprüfen.

- Maklerkosten und Vergebührung des Mietvertrags zu Lasten des Vermieters.
- Wohngeld, im Sinne der Zusammenführung der verschiedenen bestehenden Beihilfen, soll außerhalb der BMS umgesetzt werden und die Aufwendungen für Energiekosten berücksichtigen.
- Die von der BMS vorgegebenen maximalen Mietkosten müssen der Realität am Wohnungsmarkt entsprechen.
- Bei bevorstehender Delogierung verpflichtender Kontakt des Vermieters mit Einrichtungen zur Wohnungssicherung (FAWOS).

Konkrete Handlungsansätze:

- Verstärkte Zusammenarbeit der (größten) NGOs in diesem Bereich, um mehr Druck ausüben zu können. Ev. Einrichtung einer übergreifenden Ombudsstelle (auch für wohnungslose Menschen).
- Rechtliche Informationen zum Thema Wohnen sammeln/bündeln
- Unterstützung der Österreichischen Armutskonferenz bei der Erarbeitung einer einheitlichen Definition von Energiearmut, sowie bei der
- Thematisierung, dass Österreich Art. 30 und 31 der Sozialcharta noch nicht umgesetzt hat.

„Auch wenn man selbst nichts mit Armut zu tun hat, ist es wichtig, das Thema Armut vor den Vorhang zu holen und zu zeigen, dass es das auch in unserer Wohlstandsgesellschaft gibt“ (Teilnehmerin)

WS 5: EINMISCHEN, MITMISCHEN – MISSION IMPOSSIBLE?

Moderation: Eugen Bierling-Wagner (Österreichische Armutskonferenz)
Inputs: Johanna Feest (hpe), Axel Tigges (Kupfermuckn)

Partizipation und Armut

Das Leben in Armut bedeutet Stress: Mit dem wenigen Geld auskommen, keine Fristen versäumen, da und dort möglichst billig durchkommen. Dann doch noch einen Job finden, der etwas mehr abwirft. Damit sich das verändert, braucht es Engagement: Sich organisieren und mitreden, bei einer Initiative andocken und

für politische Ziele kämpfen. Aber: Wann? Und: Wo? Woher kommen die Infos und wer steckt dahinter?

Die Inputs des Workshops fassten die Erfahrungen der Partizipation von Armutsbetroffenen Menschen zusammen, die seit 2006 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Sichtbar werden“

der Österreichischen Armutskonferenz gemacht wurden. Dabei zeigte sich, dass das Interesse an der Selbstorganisation etwa der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen groß ist. Die Inputs von TeilnehmerInnen von „Sichtbar werden“ vermittelten im Workshop ihre Erfahrungen in diesem Prozess, aber auch die Schwierigkeiten in der





konkreten Umsetzung von Mitbestimmung und Partizipation. Ihr Fazit: die Bereitschaft zur Selbstorganisation sei groß, aber sobald es formaler wird, geht es häufig um Anerkennung und Positionen und zur Überforderung des Gemeinschaftlichen. Wichtig ist daher, dass die Vielfalt beibehalten wird. Wie kann Partizipation in realen

Fällen aussehen? Wie erreicht man die Menschen? Wie müsste ein Raum aussehen, der dafür zur Verfügung gestellt wird und wo Kontakt und Austausch möglich ist? Welche anderen Rahmenbedingungen braucht es?

Der Verlauf von Partizipationsprozessen und die sich verändernde Rolle der Beteiligten wurden anhand der sogenannten Leiter der Partizipation veranschaulicht: Entlang der Stufen **„Informationen Wahrnehmen“**, **„Austauschen Mitwirken“**, **„Mitentscheiden“** und **„Eigenständigkeit, Selbstverwaltung“** nimmt die eigene Teilhabe zu, während die externe

Unterstützung abnehmen kann. Anschließend wurden vier Fragestellungen in Kleingruppen bearbeitet und danach im Workshop ausgetauscht:

1. Was bedeutet für mich Partizipation? Welche Ziele verfolgt Partizipation? Welche Erfahrungen habe ich damit gemacht?
2. Welche Erfahrungen habe ich mit Partizipation gemacht?
3. Was brauche ich um zu partizipieren / teilhaben zu können? Welchen Rahmen?
4. Was bringe ich dafür mit? Was kann ich dafür tun?

Empfehlungen an das Wiener Armuts-Netzwerk

1. Nie etwas für jemanden ohne denjenigen tun. Die Beteiligung der Betroffenen in allen Bereichen ist notwendig, um Herrschaftsspiralen zu vermeiden.
2. Auf Armutsbetroffene zugehen. Das Armutsnetzwerk sollte in verschiedene Einrichtungen gehen und diese zu „Gastgebern“ für Beteiligungs- und Austauschprozesse machen.
3. Veränderung muss sichtbar sein. Partizipation ist nur dann sinnstiftend,

wenn tatsächlich etwas verändert werden kann und diese Veränderungen nachhaltig erfahrbar sind.

4. Raum und Rahmen der Partizipation sind wichtig. Austausch sollte regelmäßig in kleinem Rahmen und geeigneten Räumlichkeiten stattfinden.

Wenn das Wiener Armutsnetzwerk Personen mit Armutserfahrungen einbinden möchte, muss sie als Organisation diese Ziele auch nach außen transportieren und in Einrichtungen präsent sein. Es dürfen keine Entscheidungen ohne die Einbindung von Armutsbetroffenen fallen. Die Veränderungen müssen im

Design von Veranstaltungen, in der Diskussionskultur, in Abstimmungen sichtbar sein. Sinnvoll wären auch Schulungen zum Thema Soziokratie: wie trifft man Entscheidungen, bei denen alle beteiligt sind?

„Ich bin hier, weil ich von einer Betroffenenorganisation bin und es wichtig ist, unsere Position einzubringen, und dass man Anstoß gibt, dass das ganze politischer wird. Aber zum Teil ist das Bewusstsein eh schon da, dass die reine Sozialarbeit nicht hilft, dass es mehr auf die politische Ebene gehen muss (Teilnehmer)

WS 6: ARMUT + VERWALTUNG = ARMUTSVERWALTUNG?

Moderation (Workshop und Welt-café): Bernhard Litschauer-Hofer (Wiener Armuts-Netzwerk) Inputs: Ulrike Knecht (Heilsarmee Österreich), Mona Sermonis (Autorin)



Armut und Verwaltung

Die Bescheide sind elendslang und unverständlich, doch sie bestimmen das arme Leben. Aber sollten sie dann nicht leicht zu lesen sein? Und: Wenn die Behörde was entscheidet, muss das noch nicht richtig sein. Wer aber hilft bei der Rechtsdurchsetzung? Wo gibt's eine Ombudsstelle? Und war-

um lande ich ständig im Call-Center, wenn ich meineN SachbearbeiterIn erreichen möchte? Und was genau bitte ist ein Fördervertrag?

Die Inputs des Workshops gaben einen Einblick, wie die Verwaltung (in diesem Falle die MA 40) derzeit funktioniert und welche Schwierig-

keiten Betroffene mit dem System haben. Anschließend sollten Wege und Lösungsansätze diskutiert werden, um den Status quo zu verändern. Im ersten Input besprach Ulrike Knecht von der Heilsarmee den Ablauf des Ansuchens um die Mindestsicherung und kommentierte einen konkreten Bescheid. Im zweiten Input vermittelte



die Künstlerin Mona Sermonis, die selbst von Armut betroffen ist, ihre Erfahrungen im Umgang mit der Sozialbehörde teils als Erfahrungsbericht, teils in eigenen Texten. Unter Beisein einer Vertreterin der Sozialplanung (MA24) wurde anschließend der Kontakt zur Behörde, die verschiedenen zeitlichen Logiken und die Unverständ-

lichkeit der Bescheide im WS inklusive Lösungsansätzen heftig diskutiert. Viele Anwesende äußerten Kritik am Umgang der Verwaltung mit Betroffenen, wobei der persönliche Umgang sehr selten als problematisch genannt wurde, sondern vorwiegend die Hürden beim Zugang: aufgrund der knappen personellen Ausstattung wurden Call-Center, lange Bearbeitungszeiten, wenig oder keine Hilfe bei der Antragstellung, keine Unterstützung bei der Rechtsdurchsetzung sowie unverständliche Bescheide genannt. Die Ablauflogik der Verwaltung sei die einzig vorherrschende, sie berücksichtigt in keiner Form die Komplexität

der Lebensrealität armutsbetroffener Menschen, die betrifft verstärkt Personen, die nicht durch eine Hilfseinrichtung betreut werden. Der Umgang mit der BMS und das „Antragsablaufmanagement“ (Zitat Mona Sermonis: „Arme müssen sich selbst verwalten“) ist für Betroffene ein Full-Time-Job, vor allem wenn mehrere Logiken (samt verschiedener Fristen, Bearbeitungslängen etc.) zusammenwirken. Die Forderung nach einer einheitlichen Verwaltung – so wie bei BMS eigentlich geplant – im Bereich AMS & BMS kam immer wieder. Auch der fehlende persönliche Kontakt und der erschwerte Zugang zu Sozialar-

beit wurden mehrfach genannt. Ein weiteres Thema war die Notwendigkeit von Peer-Beratung besonders in diesem Bereich. Hier schloss sich einer der Teilnehmer an, der im Rahmen einer Arbeitslosen-Initiative (Aktive Arbeitslose) ein Buch über den Umgang mit dem AMS geschrieben hat¹. Im Weltcafe kam neben der Feststellung, dass es für Wien keine allgemein zuständige Stelle (mehr) gibt, die Menschen umfassend in schwierigen Lebensphasen begleitet (früher MA12 – Sozialarbeit mit Erwachsenen) vor allem auch der Wunsch ans Wiener Armuts-Netzwerk politischer auf zu treten. Von der Abschaffung der Heizbeihilfe, dem erschwerten

Zugang zu Wohnbeihilfe, der Situation im Wohnungslosenbereich, und die immer mehr um sich greifende Förderlogik, die Rechtsansprüche verschwinden lässt, und die letztlich auch zu einer Zersplitterung der Hilfslandschaft führt, in der jede Institution nur mehr die eigenen „Kernaufträge“ und Budgets im Auge hat. Ergebnisse und Ansatzpunkte

Politische Forderungen

- Entkoppelung der Erwerbsarbeit und das Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens.
- AMS und BMS-Behörden zusammenführen (One – stop – shop)

- Rückgängig machen von rechtlichen Verschlechterungen durch die Umstellung von Sozialhilfe auf BMS. Bspw. besteht kein Recht mehr auf Wohnunterbringung mehr in der BMS.
- Erhöhung und Ausweitung finanzieller Leistungen (Wohnbeihilfe, Heizbeihilfe)
- Vereinfachung der Beantragung und Verkürzung der Bearbeitungszeiten.
- Zuständigkeiten und Abläufe in der Verwaltung müssen transparent und für Betroffene nachvollziehbar sein.
- Einfachere Bescheide und Hilfe bei der Beeinspruchung und Rechtsdurchsetzung.

- Abschaffung des Call-Centers, neue Wege in der Kommunikation finden, der direkte Kontakt zu den SachbearbeiterInnen erspart viele Arbeitsschritte.

Konkrete Handlungsansätze:

- Allgemeine Ombudsstelle (angelehnt am Modell der Kinder- und Jugendanwaltschaft), die auch bei der Rechtsdurchsetzung hilft.
- Niederschwelliges Bildungsangebot für Armutsbetroffene in BMS-Recht sowie Schulungen für SozialarbeiterInnen (auch Studierende) im Verwaltungsrecht.
- Unterstützung in rechtlichen Fragen: z.B. Erstellung einer Übersetzungsma-

trix für MA 40 Bescheide, Sammlung von Anlaufstellen, die Betroffenen persönliche Unterstützung geben auf der Homepage des Armuts-Netzwerks. Vermittlung von „Sozialbuddys“, die auf Amtswegen begleiten, etc. Aber: Selbständigkeit und Mündigkeit der Betroffenen wahren!

- Einfordern von Rechten von Armutsbetroffenen Menschen und Einführung eines „Runden Tisches“ für EntscheidungsträgerInnen der Stadt mit Armutsbetroffenen Menschen, sowie Austausch und Vernetzung mit Sozialplanung (MA24) und MA 40 Wien Sozial.
- Forderung die Höhe der BMS auf Basis seriöser Berechnungen der

Ausgaben des Lebensbedarfes (in Wien und Österreich) vorzunehmen.

- Unterstützung der Österreichischen Armutskonferenz bei der Thematisierung allgemeiner Armuts- und Umverteilungsfragen (bspw. BMS-Grenzen vs. Armutsgefährdung lt. EU-Silc, etc.)
- Sammlung von Alltags-Arbeits-Erfahrungen von HelferInnen in der Sozialen Arbeit und Pflege. Aufzeigen des Widerspruchs und Erhebung der Auswirkungen von immer mehr Zeit für Verwaltung und Dokumentation und immer weniger Zeit für die Unterstützung von Betroffenen.

¹ Martin Mair: Erste Hilfe, Handbuch für Arbeitslose, Hrsg. vom Verein „Aktive Arbeitslose“, Media Austria, Wien 2012.

KULTURELLES RAHMENPROGRAMM

Begleitet wurden die Workshops der Konferenz von künstlerischen Auseinandersetzungen mit dem Thema Armut. Im Rahmen des Projekts „spacelab“ bereitete eine Gruppe von Jugendlichen das Thema Armut aus ihrer Sichtweise filmisch auf. Sie erkundeten – mit Pappschildern als „arm“ oder „reich“ gekennzeichnet – die Wiener Innenstadt und erfuhren dabei sehr unterschiedliche Reaktionen von PassantInnen und Geschäftsinhabern. Der spannende Kurzfilm kann auf der Homepage des Wiener Armutsnetzwerks angesehen werden. <http://www.wienerarmutsnetzwerk.at/page.php?titel=Film>

Zum Projekt: spacelab ist ein niederschwelliges arbeitsmarktpolitisches Projekt, in dem Jugendliche und junge Erwachsene Unterstützung bei der Entwicklung beruflicher Perspektiven bekommen und erste Arbeitserfahrungen in unterschiedlichen Bereichen machen können. Träger des Projekts sind die Volkshilfe

Beschäftigung, der Verein Wiener Jugendzentren und das WUK. Weitere Informationen: <http://spacelab.cc>

Am Abend des ersten Konferenztags wurde „Mama Illegal“ unter Beisein des Regisseurs und ORF-Reporters Ed Moschitz („Am Schauplatz“) gezeigt. Der berührende Kino-Dokumentarfilm





begleitet drei Frauen, die nach gefährlicher und illegaler Flucht aus Moldawien in Österreich und Italien als Haushaltshilfen und Pflegehelferinnen arbeiten. Während sie in extremer rechtlicher Unsicherheit essentielle Dienste für die westliche Gesellschaft leisten, leben die Frauen auch in einem ständigen Spannungs-

verhältnis zwischen Durchhaltevermögen und Schuldgefühlen. Durch ihre Geldsendungen eröffnen sie ihren Familien eine Perspektive aus der bedrückenden Armut – der Preis den sie dafür zahlen eine häufig jahrelange Trennung von ihren Kindern und Ehemännern auf unbestimmte Dauer.

Der Film zeigt die persönlichen Geschichten hinter dem oft polemisch diskutierten Thema „illegale Einwanderung“ und verdeutlicht die globalen Zusammenhänge zwischen Wohlstand und Armut, hier und dort. Im Anschluss an die Filmvorführung erzählte Ed Moschitz von seinen

Erfahrungen während der Dreharbeiten, der wirtschaftlichen Lage in Moldawien und davon, was seit dem Dreh im Leben der drei Frauen passiert ist. Weitere Infos zum Film: <http://www.mamaillegal.com/>

NACHWORT UND VORSCHAU

Am 1. Oktober 2013 wird eine Ergebniskonferenz stattfinden, bei der die gegenständliche Dokumentation als Diskussionsgrundlage dienen wird. Neben der Konkretisierung der Forderungen soll geklärt werden, welche Handlungsansätze in den nächsten beiden Jahren umgesetzt werden sollen und in welcher Form.

Aber auch strategische und taktische Fragen sollen diskutiert werden: Was brauchen wir, um hörbar mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen und unsere Forderungen effektiv in die öffentliche und politische Diskussion einzubringen? Wie



schaffen wir es, nachhaltig eine politische Gegenstimme aufzubauen? Was können die ersten Schritte dazu sein? Wie können wir weitere Mitglieder, Betroffene wie NGOs, werben? Wer kann konkret welche Projekte und Aktionen unterstützen?

Die bessere und verstärkte Einbindung armutsbetroffener Menschen, und eine bessere Zusammenarbeit mit Selbstvertretungsorganisationen ist ein Thema, dem wir – ebenfalls anschließend an die Ergebnisse der Konferenz – in Zukunft größeres Augenmerk schenken wollen.



Einige Armutsbereiche fehlten auf der Konferenz, so kam die Situation von Kindern und Jugendlichen in Armut nicht zur Sprache, auch das Thema Alter und Armut harrt noch einer Bearbeitung. Auch Querschnittsmaterien, wie z.B. Armut und öffentlicher Raum wurden noch nicht ausführlich besprochen. Und doch: die Konfe-

renz und ihre Ergebnisse sind ein machbarer, erster Schritt gewesen, sich dem Thema Armut in unserer Stadt zu nähern, die rege Teilnahme und zahlreiche Einladungen an das Wiener Armuts-Netzwerk im Herbst 2013 zeigen, dass es an der Zeit war und ist, sich dem Thema mit Wissen, Respekt und dem Willen, etwas zum Besseren zu verändern, zu widmen.

Möglich wurde dies Dank des großen Engagements aller TeilnehmerInnen und vor allem auch jener Menschen, die die Konferenz inhaltlich vorbereitet und organisiert haben, ohne Ihre Unterstützung wäre diese Konferenz

nicht möglich gewesen. Dank sei ebenfalls dem WUK, und seinen MitarbeiterInnen gesagt, auch sie haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Konferenz so stattfinden konnte.

Und nicht zuletzt bedanken wir uns bei den SpenderInnen des Spendenparlaments, die uns die Finanzierung ermöglicht haben.

Nun liegen die Ergebnisse der Konferenz vor, und wir müssen abwägen, überlegen und festlegen, welche Prioritäten zu setzen sind, wie wir unsere Ressourcen mit Maß und Ziel einsetzen und auch erweitern

können, und in welchen Strukturen wir unsere Weiterarbeit gestalten wollen.

Mit Ende Februar 2014 läuft die Funktionsperiode des Vorstands aus, und bis dorthin werden einige Fragen geklärt sein, die im Rahmen der Konferenz aufgeworfen wurden. Allen anderen wird sich ein neuer Vorstand widmen, der sich vor allem auch mit den notwendigen politischen Akzenten auseinander setzen wird, die notwendig sind, um sich in die Diskussion zum Thema Armut in unserer Stadt so ein zu bringen, dass auch Veränderungen umgesetzt werden.

Wien ist eine schöne Stadt, eine Stadt, die viel an Lebensqualität und Teilhabechancen bietet, und sie ist unsere Stadt. Gestalten wir ihre Gesellschaft so, wie wir sie haben wollen, arbeiten wir mit daran, dass ihre Qualität für alle, die hier leben zugänglich wird, und arbeiten wir weiter an einem gemeinsamen Ziel:

Ein gutes Leben für alle BürgerInnen. Es reicht. Für alle.

Der Vorstand des Wiener Armuts-Netzwerks:
Regina Amer, Harald Dittrich, Ruth Halsmayer,
Helga Hiebl und Bernhard Litschauer-Hofer

Mir ist es wichtig, das Thema auf die politische Ebene zu heben, und dass Betroffenen selbst mehr Stimme und politisches Gewicht bekommen. Es ist ein extremes Problem, dass sie so vereinzelt sind und nur kommen, wenn sie konkrete Hilfe brauchen. Man muss ein bisschen wegkommen vom reinen Hilfsansatz und die Leute ermutigen, auch selbst was politisch zu fordern“ (Teilnehmer)



DANKE an das WUK, Werkstätten und Kulturhaus, die ParlamentarierInnen des Spendenparlaments, alle InputgeberInnen und ModeratorInnen der Workshops, und: Alex, Anna, Eva, beide Heidi's, Helli, Ingrid, Magdalena, Maria & Rudi, Tristan

Für den Inhalt verantwortlich:
Wiener Armuts-Netzwerk
1090 Wien, Währinger Straße 59
www.wienerarmutsnetzwerk.at
Fotos: Wiener Armuts-Netzwerk

